

schon elf Billionen aus. Da Frauen in praktisch allen Ländern der Welt am Tag länger arbeiteten als die Männer, wäre es bei einer korrekten Bewertung der von Frauen geleisteten Arbeit durchaus denkbar, daß diese sich in den meisten Gesellschaften als die eigentlichen Hauptverdiener herausstellten.

Sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industriestaaten erhielten jedoch die Männer den Löwenanteil der Einkommen und der Anerkennung, der größte Teil der Arbeit der Frauen bleibe unbezahlt und ohne Anerkennung. Von der gesamten Last bezahlter und unbezahlter Arbeit trügen Frauen in den Entwicklungsländern durchschnittlich 53 Prozent, in den Industrienationen 51 Prozent

Die Lösungsstrategie, die das internationale Expertenteam des UNDP vorschlug – alle diese Punkte finden sich auch in der Pekinger Aktionsplattform wieder –, umfaßt die Beseitigung der gravierenden rechtlichen Diskriminierungen, die Änderung sozialer und institutioneller Normen, um Frauen und Männern in der Arbeitswelt mehr Alternativen zu bieten und die der Aus-

weitung von Schlüsselprogrammen, die allen Frauen Bildungschancen, eine bessere „Reproduktivgesundheit“ und besseren Zugang zu Krediten verschaffen.

„In die Fähigkeiten der Frau zu investieren und sie in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbst zu bestimmen, ist nicht nur nützlich an sich, sondern auch der sicherste Weg zu wirtschaftlichem Wachstum und umfassender Entwicklung“, lautete die zentrale Forderung des Mitte August veröffentlichten *Weltbevölkerungsberichtes*, der ebenfalls ganz im Zeichen von Peking stand, sich in seiner Analyse aber auf die zentralen Punkte des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (vgl. HK, November 1994, 555 ff.) konzentriert.

Der Weltbevölkerungsbericht aber unterstrich noch einmal die Dringlichkeit eines anderen, in Peking diskutierten Themas: Jährlich sterben etwa 500 000 Frauen aufgrund von Komplikationen bei Schwangerschaft oder Geburt – die meisten dieser Todesfälle könnten vermieden werden. Eine der größten Bedrohungen der Gesundheit von Frauen

liege in unsachgemäß vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche wird weltweit auf mehr als 40 Millionen jährlich geschätzt, die Hälfte davon erfolge nicht sachgemäß. Rund 350 Millionen Paare weltweit hätten keinen Zugang zu moderner Familienplanung. Ein Drittel von diesen würde jedoch Familienplanung betreiben, stünden ihnen moderne Methoden zur Verfügung. Erneut hatten auch die Autoren des UN-Bevölkerungsfonds bekräftigt, daß Bildung und Gesundheit Schlüsselvoraussetzungen für soziale und wirtschaftliche Verbesserungen und eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung sind.

Auch wenn die in Peking nun verabschiedete „Aktionsplattform“ kein völkerrechtlich verbindliches Dokument ist, hat sie doch die wichtigen Schritte festgeschrieben, die in den nächsten Jahren unverzichtbar sind, soll der in unzähligen Berichten dokumentierten Mißachtung der Rechte der Frauen Einhalt geboten, Gleichberechtigung und Besserstellung der Frauen in der ganzen Welt erreicht werden. A. F.

Von der Wirklichkeit eingeholt

Frankreichs neue Führung manövriert sich in eine schwierige Lage

Auch Monate nach Amtsantritt fällt es der neuen französischen Führung schwer, Tritt zu fassen. Innenpolitisch erweist sich manches als komplizierter als zunächst angenommen. Außenpolitisch erlebt sie wegen den Atomtests im Südpazifik ein beispielloser Debakel mit noch nicht absehbaren Folgen.

Wenn bei Inhabern politischer Ämter 100 Tage nach ihrem Amtsantritt eine erste Bilanz des Erreichten bzw. Nichterreichten gezogen wird, wundert man sich zuweilen, daß bereits drei Monate vergangen sein sollen. Mit dem Amt verbindet sich immer noch eher der Name des Vorgängers; der neue Amtsinhaber hat Mühe, aus dessen Schatten herauszutreten. Eine eigene politische Handschrift ist nur schwer erkennbar.

Bei Frankreichs Staatspräsident *Jacques Chirac* ist das anders. Nicht als wäre sein Amtsvorgänger, der schwerkranke *François Mitterrand*, bereits aus dem politischen Gedächtnis der französischen Nation verschwunden. Aber das schon vor

Jahren einsetzende Gefühl vom bevorstehenden Ende einer 14 Jahre dauernden Präsidentschaft Mitterrand (vgl. HK, Januar 1992, 15 ff.) hatten einen Wechsel in allen politischen Lagern schlicht als überfällig erscheinen lassen. Die gesundheitliche Verfassung Mitterrands ließ gar die Frage aufkommen, ob dieser seine Amtszeit überhaupt noch bis zu ihrem gesetzlichen Ende werde durchstehen können. Diesem Umstand verdankte es Chirac, daß er bereits wenige Tage früher, am 17. Mai, sein neues Amt antreten konnte.

Selten wurde ein neuer Präsident so übergangslos mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert. Erst wenige Wochen im Amt, erhielten Chirac und sein Premierminister *Alain*

Juppé bei den Kommunalwahlen am 11. und 18. Juni bereits den ersten Denkkzettel. Noch bevor der neue Präsident und die bürgerliche Parlamentsmehrheit deutlich machen konnten, wohin es künftig politisch gehen soll, bedeuteten die Gewinne des rechtsextremen „Front National“ des Präsidentschaftskandidaten *Jean-Marie Le Pen* – im ersten Wahlgang erhielt er 15 Prozent der abgegebenen Stimmen – einen unüberhörbaren Warnschuß vor den Bug der neuen Führung, daß man ihr sehr genau auf die Finger sehen und sie an ihren Versprechungen aus dem Wahlkampf messen werde. Einem Präsidenten Mitterrand gegenüber konnte sich die bürgerliche Rechte dem Wähler als Alternative anbieten. Was wäre die Alternative, wenn auch die auf allen Ebenen erdrückende bürgerliche Mehrheit keine Lösungen bieten sollte?

Kann von Chirac der erhoffte Wandel ausgehen?

Alles weitere kam Schlag auf Schlag: Von sich reden machte die neue politische Führung zunächst weniger mit politischen Leistungen, als vielmehr mit fatalen Nachrichten über die Begünstigung führender Politiker bei Mieten; und das in einem Land, in dem Obdachlosigkeit und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum seit langem zu den brisantesten innenpolitischen Themen gehören. Das ohnehin angeschlagene Vertrauen der Bürger in ihre Volksvertreter wurde erneut erschüttert, als bekannt wurde, zu welchen (Vorzugs-) Bedingungen einige von ihnen wohnen, unter ihnen auch der langjährige Bürgermeister von Paris, Chirac, und der neue Premier und Chirac-Vertraute Juppé.

Mehr Fragen als Begeisterung provoziert auch das, was von der angekündigten Verfassungsreform übrig blieb. Die von den 800 Senatoren und Abgeordneten mit Dreifünftelmehrheit gutgeheißen Reform sieht eine Ausweitung der Fragen vor, bei denen der Präsident das Referendum anwenden kann. Damit kann der Präsident sich unter Umgehung des Parlaments direkt an das Volk wenden – was auf die Schwächung des Parlaments und die Stärkung des Präsidenten hinausläuft.

Eine Serie von *Bombenanschlägen* – der erste am 25. Juli in der Métrostation Saint Michel in der Pariser Innenstadt forderte sieben Tote und über hundert Verletzte – weckten schließlich neu-alte Befürchtungen in bezug auf die innere Sicherheit des Landes. Die Täter werden in nordafrikanischen islamischen Fundamentalistenmilieus vermutet. Daß Chirac sich an Ort und Stelle vom Geschehen unterrichten ließ, hatte nicht nur mit dem objektiven Ausmaß des Verbrechens zu tun, sondern auch mit dem politischen Stellenwert, den das Thema „innere Sicherheit“ in der französischen Gesellschaft genießt. Wie ernst die französische Führung diese Gefühlslage im Volk nimmt, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß Chirac sich mit der Realisierung des Schengener Abkommens zur Liberalisierung des Verkehrs von Personen, Waren und Dienstleistungen vertragswidrig viel Zeit läßt.

Schließlich kam am 13. Juni die folgenschwere Mitteilung aus dem Elysée-Palast, Frankreich werde die von Präsident Mitterrand 1992 vorläufig unterbrochene Serie von *atomaren Testversuchen im Südpazifik wieder aufnehmen*. Auf eine beispiellose Weise geriet die neue französische Führung seit diesem Tag unter internationalen Beschuß – mal diplomatisch-verhaltener, mal polemisch-ungefiltert.

Mindestens so viel Beachtung wie die angekündigten Testversuche fand in der französischen Presse jedoch die Entlassung des erst wenige Monate zuvor als „Superminister“ installierten und mit hohen Erwartungen befrachteten Ministers für Wirtschaft und Finanzen. *Alain Madelin*. Signalcharakter hatte dieser Schritt deshalb, weil Madelin ausgerechnet einem Ressort vorstand, von dem man sich entscheidende Impulse für das von Chirac angekündigte Reformprogramm versprach. Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit drücken so sehr, daß es gegenwärtig kaum ein Thema gibt, das die französischen Stimmbürger mehr beschäftigen würde.

Chirac und Juppé hatten durchaus auch Positivposten zu verzeichnen, nur blieben diese merkwürdig wenig beachtet: Der Amtsantritt Chiracs wurde auch in den Medien, die ihm politisch eher fernstehen, uneingeschränkt als ein „vielversprechender Beginn“ (*Le Monde*, 23.5.95) bewertet. Vor allem gefiel die Tatsache, daß er sich – im Gegensatz zu seinem Vorgänger und dessen „gefühlbetontem Auftritt am 21. Mai 1981“ – mit einem vergleichsweise bescheidenen „republikanischen Ritual“ begnügte – ohne „Arroganz und Prahlerei“ und „ohne die Amtsübernahme zur Apotheose hochzustilisieren“. Eine von Präsident Mitterrand hinterlassene unbewältigte Hypothek trug Chirac in seiner Rede aus Anlaß des 53. Jahrestages der Massenhafung von Juden im Pariser Winterzirkus ab. Er bekannte sich unzweideutig zur Verantwortung Frankreichs. Chiracs Vorgänger war über die formale Unterscheidung der Verantwortung Vichy-Frankreichs einerseits und der *Republique Française* andererseits nicht hinausgekommen – letztere könne nicht haftbar gemacht werden für das, was erstere sich habe zuschulden kommen lassen. Ein Sprecher eines Zusammenschlusses jüdischer Institutionen in Frankreich nannte die Chirac-Äußerungen eine „Rede, auf die man schon nicht einmal mehr gewartet“ habe.

Überlagert von den Ereignissen im Südpazifik wurde im übrigen auch das Engagement Chiracs im Zusammenhang mit dem Bosnien-Krieg. Die französische Führung rechnet es zu den eigenen Verdiensten, daß sich die NATO in diesem Sommer zur Entsendung einer vor allem aus französischen, britischen und niederländischen Soldaten bestehenden Schnellen Eingreiftruppe zum Schutz der UN-Einheiten in Bosnien entschloß und damit einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem verstärkten militärischen Engagement im Jugoslawien-Konflikt setzte.

Wenn jedoch trotz allem Jacques Chirac bereits wenige Monate nach seinem Amtsantritt mit Problemen zu kämpfen hatte, die seinen Vorgängern erst zu einem späteren Zeitpunkt das Leben schwer machten, dann hat das nicht nur mit

dem konkreten Verlauf des politischen Sommers in Frankreich zu tun, sondern offenbar auch mit *Chirac persönlich*. Sowohl der Vorwahlkampf als auch das Ergebnis des ersten Wahlgangs machten deutlich, daß die Beziehung zwischen den französischen Wählern und Jacques Chirac keine „Liebe auf den ersten Blick“ war. Lange galt es als ausgemacht, daß der Chef der letzten Kohabitations-Regierung, *Edouard Balladur*, der künftige Staatspräsident sein würde. Auch ohne das Plazet des französischen Stimmbürgers verbreitete er eine präsidiale Aura um sich, besaß das Image des „Vaters“ der Nation (*L'Express*, 19.1.95), was ihn wie selbstverständlich für dies Amt zu prädestinieren schien. Als dieser Nimbus bröckelte und der frühere EU-Kommissionspräsident *Jacques Delors* auf seine keineswegs aussichtslose Kandidatur verzichtete, kam man an Chirac nicht vorbei.

Als Chirac in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen hinter dem Kandidaten der Sozialistischen Partei, *Lionel Jospin*, mit 20 Prozent der abgegebenen Stimmen lediglich den zweiten Platz belegte, wurde die Ursache dafür in erster Linie in der großen *Zerrissenheit der Rechten* gesucht. Trotzdem hatte dies auch mit der keineswegs überschäumenden Zustimmung für Chirac persönlich, zum anderen aber mit der Erkenntnis zu tun, daß ein vergleichsweise unverbraucht und jung wirkender Politiker wie Jospin den erhofften Wandel überraschend glaubwürdig darzustellen verstand. Und dies, obwohl er aus demselben politischen Lager stammte wie der scheidende Präsident.

So kurz im Amt und so gering die Zustimmung

Der Anspruch Chiracs, den Wandel herbeizuführen, nahm ihm der Wähler nicht recht ab. Auch als Kandidat, der sich als Alternative zu Mitterrand anbot, blieb er doch der Vertreter jener Politikerkaste, von der sich der französische Stimmbürger in den letzten Jahren innerlich zunehmend abwandte – aus „Politikverdrossenheit“, aus Ernüchterung über die Hoffnungen, die sich unter Mitterrand nicht erfüllten. Seit der Gründung im Jahre 1976 ist Chirac Vorsitzender des „seines“ neogaullistischen „Rassemblement pour la République“, seit 1977 Bürgermeister von Paris – erster Inhaber dieses Amtes –, zum drittenmal Präsidentschaftskandidat, bereits unter *Georges Pompidou* mehrfach Minister, unter Mitterrand und dessen Vorgänger *Valéry Giscard d'Estaing* Premierminister.

Mit begrenztem Erfolg gab man sich Mühe, Chirac als einen *anderen, neuen, gereiften* Mann darzustellen. Das Satireblatt „*Canard enchaîné*“ höhnte jedoch nach seinem Amtsantritt: Schon der Kandidat Chirac im Sommer 1981, zu Beginn der Ära Mitterrand, habe den „reaganisme à la française“ gepredigt“. Und nun gebe er vor, „unser Leben ändern zu wollen“. „Wechsel? Chirac? Es fällt mir schwer, das zu begreifen... Ich habe vielmehr den Eindruck, daß Jacques Chirac schon seit ewigen Zeiten zum Dekor der politischen Landschaft Frankreichs gehört“, sinnierte die Journalistin *Pascale Hugues* (*Frankfurter Rundschau*, 2.6.95). Daß Chi-

rac ausgerechnet unter jungen Wählern gut abschnitt, hatte möglicherweise damit zu tun, daß es in ihrem Leben praktisch nur Mitterrand als Präsidenten gab.

Hinzu kam, daß gerade die Politik des Kohabitationskabinetts unter Balladur, einem gaullistischen Ziehsohn Chiracs, nicht dazu angetan war, als Kontrastfolie für eine bessere Zukunft unter einem Präsidenten Chirac zu dienen. Die Rhetorik des Wandels hatte sich, wenn auch unter gänzlich anderen, d. h. günstigeren Bedingungen bemüht, gerade unter Chiracs Vorgänger deutlich abgenutzt. Mitterrand konnte seinen Amtsantritt vor 14 Jahren noch zum Übergang in ein *neues politisches Zeitalter* inszenieren. Die Zukunft, die heute bereits Vergangenheit ist, wurde, wie man inzwischen weiß, weder so leuchtend, wie sie die damals siegreiche Linke verkündete, noch so finster, wie sie mancher in der unterlegenen Rechten hinstellte.

Vor diesem Hintergrund ist es weniger erstaunlich, wenn Chirac bereits vier Monate nach Amtsantritt die niedrigste Zustimmungquote der letzten Amtsperioden französischer Präsidenten aufweist. Jeweils vier Monate nach Amtsantritt waren mit Giscard d'Estaing noch 47 Prozent der befragten Franzosen zufrieden (September 1974), bei Mitterrand waren es im Herbst 1981 48 Prozent, Ende August 1988 gar 51 Prozent. Chirac brachte es demgegenüber Ende August lediglich auf 39 Prozent, umgekehrt stuften sich auch die meisten als mit Chirac „unzufrieden“ ein: 39 Prozent gegenüber 31 Prozent in der zweiten Präsidentschaft Mitterrand, 29 Prozent bei Giscard und 25 Prozent bei der ersten Amtsperiode von Mitterrand. Schon als Premierminister unter Giscard kam Chirac im Vergleich zu den späteren Premierministern Mauroy, Rocard und Juppé auf den niedrigsten Zustimmungswert, 38 Prozent gegenüber 50, 41 bzw. 48 Prozent (Quelle: *Le Point*, 9.9.95).

Noch ehe die dem Präsidenten traditionellerweise eingeräumte „*temps de grâce*“ vorüber war, ist insofern politischer Alltag eingeleitet. Dabei gilt es in Frankreich seit langem ausgemacht, daß gerade die *Anfangsphase einer Präsidentschaft* entscheidend ist für größere Reformvorhaben. Wenn erst der Stern eines Präsidenten zu sinken begonnen hat, bringt er zu durchgreifenden Reformen gar nicht mehr die Kraft auf. Was nicht gleich zu Beginn in Angriff genommen wird, droht schon bald auf die lange Bank geschoben zu werden.

Die „ideologische Krise“ innerhalb der Rechten

Inzwischen breitet sich in Frankreich der Eindruck aus, der von Chirac vollmundig angekündigte Wandel lasse noch lange auf sich warten, man stehe letztlich unter Chirac dort, wo man mit Balladur aufgehört hat. Außerdem kommen Zweifel darüber auf, ob die französische Gesellschaft wirklich Veränderung will bzw. ob sie zu weitreichender Veränderung überhaupt in der Lage ist. „Die Franzosen lieben das Neue, aber verabscheuen jede Veränderung“ (*Alain Duha-*

mel, in: Le Point, 2.9.95). Der linke „Observateur“ (Ausgabe vom 7.–13.9.95) titelte: „Franzosen, wollt ihr wirklich, daß sich etwas ändert?“

Die Entlassung Madelins wirkte in dieser Hinsicht wie ein Signal: Mit dem Zentristen Madelin schied ausgerechnet einer derjenigen aus der Regierung Juppé aus, der entschieden für das Abschneiden alter Zöpfe eintrat. Der für seine liberalen Auffassungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik bekannte Minister wollte mit dem Ernst machen, für das Chirac sich im Wahlkampf stark gemacht hatte – mit den Worten des neuen Präsidenten: „Förderung von Eigeninitiative und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen; Vereinfachung der Steuergesetzgebung mit dem Ziel höherer Steuergerechtigkeit und Transparenz; Verringerung der Steuerlast“.

Madelin war gewillt, dieses Programm auch gegen mancherlei Widerstände durchzusetzen, und entschlossen, dafür auch Konflikten nicht aus dem Wege zu gehen. Juppé wird dagegen nachgesagt, er wolle letztlich *Unvereinbares miteinander vereinen* und befinde sich so auf einem Kurs, den gerade Madelin der Vorgängerregierung Balladur vielfach vorgehalten hatte. Die Regierung Juppé droht auf diese Weise zum Inbegriff einer Politik zu werden, der im letzten die Kraft ausgeht, u.U. auch unpopuläre Maßnahmen gegen Widerstände durchzuhalten.

Sieht man von persönlichen Aspekten des Verhältnisses Juppé – Madelin ab, so offenbart die Auseinandersetzung einen für die Rechte in Frankreich kennzeichnenden tiefgreifenden sachlichen Streit. Eine „ideologische Krise“ des neuen „rechten“ Regierungsbündnisses sah „Le Monde“ (27./28.8.95) in diesem Rauswurf und verstand darunter den Gegensatz von *Liberalismus* und *Interventionismus*: „Ein Alain Madelin will das Land in das große liberale Weltmeer tauchen und führt die drei Millionen Arbeitslose auf das Zögern zurück, mit der Frankreich der unausweichlichen Moderne in Form der Marktwirtschaft begegnet. Je mehr Liberalismus, desto weniger Staat – dies sei die einzig effektive Politik gegen die Arbeitslosigkeit.“

Der französische Präsident habe, so „Le Monde“, die von ihm verfolgte Politik während der Wahlkampagne im „Un-genauen“, in der „Ambiguität“ belassen. Er habe sich nicht entschieden zwischen Madelin und *Philippe Séguin*, dem Präsidenten der Assemblée Nationale und Protagonisten einer liberalismuskritischen und die sozialen Belange stärker betonenden Sicht innerhalb des bürgerlichen Lagers. Madelin mußte überraschend schnell gehen, als er sich anschickte, der französischen Nation den Abbau mancher liebgewonnener Privilegien, etwa im Bereich der staatlichen Bürokratie, zuzumuten.

Hört man Chirac, kann man den Eindruck haben, alles gehe weiter wie gehabt. Ist es also mehr eine Frage der *Methode* als des sachlichen *Ziels*, das Premierminister Juppé zum letzten Mittel greifen ließ? Auf die Journalistenfrage, ob er seine Ziele aufgegeben habe, antwortete Chirac so, als wolle er die von Madelin in die Pflicht genommene Beamtenschaft gegen dessen Vorhaben in Schutz nehmen: „Stellen wir nicht

einen Teil Frankreichs gegen einen anderen. Machen wir niemanden zu Sündenböcken“ (Le Point, 2.9.95).

Der Wirtschaftswissenschaftler *Alain Minc* sah in den Vorgängen weniger eine Kehrtwendung der Regierung Juppé, sondern deutete sie als Ausdruck der Tatsache, daß die Politik schlicht *von der Wirklichkeit eingeholt* worden sei: „Die politischen Führer haben die Formbarkeit der Wirtschaft überschätzt und glaubten einen Spielraum zu haben, der in Wirklichkeit – die schlichte Lektüre von Zeitungen und Expertisen beweisen es – gar nicht existiert“ (Le Figaro, 5.9.95).

Die Kraft, massive Widerstände auszuhalten, die der Regierung Chirac-Juppé abgeht, scheint sie dafür – wenigstens bislang – auf außenpolitischem Gebiet auf den ersten Blick über alle Maßen zu besitzen. Die Entscheidung, an der Wiederaufnahme der atomaren Tests im Südpazifik gegen alle Widerstände festzuhalten, hat die Lage Frankreichs in verschiedener Hinsicht radikal verändert. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich die Vorgänge jedoch weniger als ein außen- und sicherheitspolitisch wohldurchdachtes Manöver, sondern eher als der Versuch, möglichst umgehend Zeichen des Wandels gegenüber der Ära Mitterrand zu setzen, ohne aber wirklich alle durchaus absehbaren Folgen und Konsequenzen ausreichend bedacht zu haben.

Ein Angebot zum denkbar ungeeignetsten Zeitpunkt

Sieht man einmal von den Anfragen an die *ökologische Verträglichkeit* ab: Der Versuch, die Atomversuche mit Hilfe des traditionellen nationalstaatlichen Souveränitätsbegriffs als rechtmäßig hinzustellen, mußte zehn Jahre nach Tschernobyl versagen. Einer weiteren *Entkolonialisierung* im Südpazifik könnte man dagegen ungewollt einen entscheidenden Impuls gegeben haben. Mit dem Verweis auf die geringere Kritik im Fall der chinesischen Atomversuche stellt man sich selbst mit einem Land auf eine Stufe, mit dem man in anderem Zusammenhang nicht verglichen werden will.

Ganz zu schweigen davon, daß kurz nach dem Debakel des Energiemultis Shell mit der beabsichtigten Versenkung des Ölbohrwracks „Brent Spar“ und kurz vor dem Jahrestag des Abwurfs einer Atombombe auf Hiroshima durch die USA für eine Ankündigung wie die Chiracs ein vorhersehbar schlechter Zeitpunkt war. Auch eine noch so offene Informationspolitik im Südpazifik vor Ort konnte dies später nicht wettmachen.

Je entschiedener man außerdem die Wiederaufnahme der Tests als Teil der *Beendigung der Atomversuche* hinstellte und sich bereits den künftigen Erfolg eines Teststoppabkommens an die Brust heftete, desto stärker wurde gefragt, *ob die Tests tatsächlich so notwendig sind*, wie sie die Militärs hinstellen. Und das Angebot an Deutschland, den französischen atomaren Schutzschirm für sich nutzen zu können, kam – selbst wenn er nicht wirklich neu war – zum denkbar schlechtesten Augenblick. Vor dem Hintergrund der Ent-

wicklung einer *gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* stellen sich, gerade auch was den atomaren Schutz angeht, völlig neuartige und grundlegende Fragen, die sich nur schwer angesichts von weltweiten Protesten gegen die Tests, von antifranzösischen Tumulten in Papeete, einer Klage Neuseelands vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag erörtern lassen.

Ausgesprochen ungünstig war der Zeitpunkt für dieses Angebot auch deshalb, weil es die Bereitschaft zu einem Souveränitätsverzicht signalisierte, von dem Frankreich im Zusammenhang mit den Tests weiter denn je entfernt war, indem es die Notwendigkeit jeder Form der Konzertierung bzw. der langfristigen und einfühlsamen Information der betroffenen Länder leugnete. Ob Frankreich durch die zeitliche Nähe zu den umstrittenen Atomtests dem eigenen Anliegen, wenn es denn tatsächlich eines ist, letztlich mehr geschadet als gedient hat, bleibt abzuwarten. Vorderhand mußte dieser Vorstoß seitens der französischen Regierung wie der Versuch anmuten, sich angesichts der keineswegs nur theoretischen Gefahr internationaler Isolierung *Entlastung* zu verschaffen.

Die Rolle Chiracs kann man dabei noch ohne Übertreibung

tragisch nennen. Unter Mitterrand unternahm Frankreich mehr als 80 Tests und dennoch wird er als derjenige in die Geschichte eingehen, der ein Moratorium erließ. Auf eine ähnliche Zahl von Tests wird Chirac in keinem Fall kommen und dennoch wird mit seinem Namen in erster Linie der Versuch Frankreichs verbunden werden, ohne Rücksicht auf Verluste zu tun, wozu man glaubt, ein Recht zu haben.

Vier Monate nach dem Amtsantritt von Jacques Chirac und Alain Juppé sieht es daher so aus, als werde die französische Führung innen- wie außenpolitisch noch einige Zeit damit beschäftigt sein, ihren *mißglückten Start* wieder wettzumachen. Für Schritte nach vorne, etwa auf dem Gebiet der Verfassungsreform wird so wertvolle Zeit verstreichen. Vier Monate nach Amtsantritt sieht sich der französische Präsident bereits in der Verlegenheit, „die Initiative wiedergewinnen“ zu müssen – so überschrieb der konservative „Figaro“ (5.9.95) seinen Bericht über den ersten Fernsehauftritt Chiracs nach dem Amtsantritt. Die denkbar schlechteste Perspektive für Frankreich wäre es, wenn es extremistischen Kräften à la Le Pen gelänge, durch den wenig überzeugenden Start von Chirac zusätzlichen Aufwind zu erhalten.

Klaus Nientedt

Auf dem Weg zum „schwarzen Schaf“

Die Slowakei unter Ministerpräsident Mečiar

Seit dem 1. Januar 1993 ist die Slowakei ein unabhängiger Staat. Regiert wird sie von Ministerpräsident Mečiar und seiner „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ in autoritär-nationalpopulistischem Stil. Es ist bisher nicht gelungen, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung des Minderheitenproblems zu finden; Universitäten, Gewerkschaften und Künstler klagen über Gängelung. Auch in der katholischen Kirche wächst die Kritik am Ministerpräsidenten.

Die Metropole eine „Hauptstadt der Gangster“, der Regierungschef ein „verschrobener kleiner Diktator“ – selbst die renommierten internationalen Medien geben sich nicht zimperlich, wenn sie die gegenwärtigen Zustände in der Slowakei schildern. Sie greifen zu Vokabeln, Assoziationen, Szenen, die in der Regel den sogenannten „Bananenrepubliken“ zugeschrieben werden: diktatorische Zustände trotz formal gegebener Demokratie, Korruption an allen Ecken und Enden, ausufernde Kriminalität und Mafia-Unwesen, unverschämte Bereicherung weniger auf Kosten der Allgemeinheit.

Das kleine Land im Herzen Europas kämpft mit schweren Imageproblemen. Da mögen die Verhältnisse in einigen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, besonders der früheren UdSSR, deutlich schlimmer sein als in der Slowakei: Man hat dieser Republik offensichtlich die Rolle des „schwarzen Schafes“ Osteuropas zugeschrieben – und sie spielt diese Rolle fast mit Brillanz.

Das ist nicht allein, aber zu einem Gutteil das Verdienst jenes Mannes, der wie eine blasse, aber intelligentere Kopie des russischen Nationalisten, Polterers und Polithaudegens Wladimir Schirinowski wirkt: *Vladimir Mečiar*. Er übernahm erstmals die Macht, als die Slowakei noch in einer Föderation mit Tschechien lebte. Unter seiner nationalistisch geprägten Federführung wurde die friedliche Trennung von der Tschechischen Republik zum 1. Januar 1993 ausverhandelt. Im März 1994 stürzte er über ein Mißtrauensvotum, ihm folgte für wenige Monate *Jozef Moravčík* als Regierungschef.

Aus den Wahlen im Oktober 1994 ging aber Mečiar's „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) erneut als stärkste Partei hervor. Seither führt er eine Koalitionsregierung, der neben der HZDS auch die „Slowakische Nationalpartei“ (SNS) und die linksextreme „Slowakische Arbeitervereinigung“ (ZRS) angehören. Keine der drei Koalitionsparteien läuft Gefahr, zur „gemäßigten Mitte“ zu zählen,